

**Reinhard Riese**

## **„Heidelbergs letzter Kurfürst“ wird abgewählt.**

### **Carl Neinhaus und die Oberbürgermeister-Wahl von 1958**

„Können Sie das verstehen? Das ist doch unmöglich!“<sup>1</sup> Fassungslos kommentierte Carl Neinhaus in einem Telefongespräch mit Dieter Haas (1928–1998), damals Lokalredakteur beim „Heidelberger Tageblatt“, die Tatsache, dass ihn die Heidelberger im zweiten Wahlgang am 22. Juni 1958 als Oberbürgermeister abgewählt hatten. Auch in einem nächtlichen Gespräch mit seinem Vertrauten, dem Musikpädagogen Dr. Fritz Henn (1901–1984) soll er seiner Enttäuschung Luft gemacht haben.

Das Jahr 1958 bedeutet eine Zäsur in der Heidelberger Nachkriegsgeschichte. Seitdem standen nur Oberbürgermeister aus der SPD an der Spitze der Stadt: Robert Weber (1958–1966), Reinhold Zundel (1966–1984) und Beate Weber (1990–2006). Die CDU stellte nie wieder den Oberbürgermeister und konnte nur parteilose OB-Kandidaten (Reinhold Zundel 1984, Eckart Würzner 2006 und 2014) unterstützen. Im Folgenden sollen die Ursachen dieses „Machtwechsels“ von 1958 sowie die damaligen politischen Lager und Stimmungen in der Bevölkerung untersucht werden. Während die Jahre 1945–1949 durch Friederike Reutter sehr gut erforscht sind, liegt eine entsprechende Studie für die 1950er Jahre nicht vor. Einige Einblicke vermitteln die Darstellungen von Dieter Haas und Theodor Scharnholz. Das Geschehen des Wahljahres wird aus der Lokalpresse, „Rhein-Neckar-Zeitung“ und „Heidelberger Tageblatt“, rekonstruiert.<sup>2</sup>

### **Carl Neinhaus 1929–1952: Eine Karriere mit Unterbrechung**

Der Jurist Dr. Carl Neinhaus (1888–1965) gehört zu den wenigen deutschen Bürgermeistern, die in drei politischen Systemen an der Spitze einer Großstadt standen. Oberbürgermeister seit 1929 überstand er den Machtwechsel von 1933, trat in die NSDAP ein und blieb bis 1945 im Amt.

„Er verstand es [...] durchaus, sich in vielen Bereichen der Rathauspolitik energisch gegenüber der Kreisleitung [der NSDAP] zu behaupten, ohne an seiner Ergebenheit gegenüber dem Regime Zweifel aufkommen zu lassen. Seine Amtsführung kennzeichneten sowohl partielle Resistenz als auch antisemitische Vorstöße gegen einzelne Heidelberger Bürger.“<sup>3</sup>

Diese in zahlreichen Einzelstudien belegte, kritisch-differenzierte Beurteilung hat Frank Moraw leider nicht zu einer Neinhaus-Biographie ausbauen können. Die Biographie von Horst Ferdinand enthält zwar bisher ungedrucktes Quellenmaterial, disqualifiziert sich aber selbst durch die einseitige Sympathie und apologetische Parteinahme für Neinhaus. Belassen wir es in diesem Zusammenhang bei der Charakterisierung durch den Philosophen Karl Jaspers (1883–1969), der die NS-Zeit in Heidelberg erlebt und durchlitten hat: „Ein typischer Mitläufer und unbedeutender Charakter, aber ein tüchtiger Bürgermeister.“<sup>4</sup>

Am 2. April 1945 wurde Neinhaus von der US-Militärregierung abgesetzt und für kurze Zeit inhaftiert. Aus dem „Exil“ auf dem Kohlhof betrieb er seine Rehabilitie-

rung für die seiner Meinung nach ungerechtfertigte Entlassung. Im Entnazifizierungsprozess wurde er im Juli 1947 als „Mitläufer“ eingestuft; zahlreiche „Persilscheine“ (u.a. von Marie Clauss, Fritz Henn, Hermann Maas) und die juristische Unterstützung von Rechtsanwalt Dr. Richard Hofert verhalfen ihm dazu, im Revisionsverfahren vom November 1949 als „Entlasteter“ freigesprochen zu werden.<sup>5</sup> Jetzt konnte Neinhaus die Rückkehr ins politische Leben angehen und damit die tief empfundene Kränkung von 1945 überwinden. Anfang 1950 trat er in die CDU ein und kandidierte nach dem Rücktritt des bisherigen Abgeordneten Dr. Erich Kaufmann-Bühler für den Landtag von Württemberg-Baden. Am 11. November 1950 erreichte er zwar deutlich weniger Stimmen als sein Vorgänger und auch als sein Gegenkandidat von der SPD Karl Ebert, zog aber über ein Listenmandat in den Landtag ein.<sup>6</sup> Das Jahr 1952 brachte Neinhaus das endgültige Come-back. Am 9. März 1952 wurde er – nur noch mit hauchdünnem Rückstand hinter dem SPD-Kandidaten – in die Verfassungsgebende Landesversammlung von Baden-Württemberg und dort zu deren Präsidenten gewählt. Als kurz darauf der seit 1946 amtierende Oberbürgermeister der CDU Dr. Hugo Swart (1885–1952) überraschend verstarb, war für Neinhaus der Weg in das Amt frei, das ihm seiner Meinung nach auch nach Kriegsende gebührt hätte. „Oberbürgermeister zur Wv. [Wiederverwendung]“ – so seine Berufsbezeichnung auf dem Stimmzettel für die Wahl am 13. Juli 1952. Schon im ersten Wahlgang erzielte er mit 50,94 % die erforderliche absolute Mehrheit.<sup>7</sup>



Amtseinführung von Carl Neinhaus am 29. Juli 1952 (Foto: Hans Speck, Stadtarchiv Heidelberg, BILDA 4201)

Die landespolitische Bühne verließ er aber nicht. Er arbeitete intensiv an der Verfassung des neuen Bundeslandes mit und wurde im November 1953 Präsident des ersten Landtages. Bei den Landtagswahlen im März 1956 erlangte er mit einem Zuwachs von über 6 500 Stimmen (42 %) das Direktmandat und wurde wieder zum Landtagspräsident gewählt.<sup>8</sup>

In den Wahlkämpfen von 1950 und 1952 wurde die politische Vergangenheit von Neinhaus nur selten thematisiert. Man stellte die Frage, ob sich ein Mann, der im Dritten Reich eine solch maßgebliche Position innegehabt hatte, nicht von der Politik fernhalten sollte. In einem Leserbrief und einer Wahlversammlung der SPD wurden konkrete Vorwürfe geäußert: die Verantwortung von Neinhaus für die „Gleichschaltung“ der Stadtverwaltung und die politisch motivierten Entlassungen von 1933/34 sowie seine Untätigkeit angesichts der Judenverfolgung. Ein anonymes Flugblatt vom Juli 1952 enthielt Auszüge aus seinen Reden im Sinne der NS-Ideologie.<sup>9</sup> Auch bestand die Sorge, als OB werde er seine 1945 entlassenen Mitarbeiter in die Stadtverwaltung zurückholen – eine Befürchtung, die nicht unberechtigt war.<sup>10</sup> Soweit bekannt, hat sich Neinhaus nie selbstkritisch zu seiner Rolle und Verantwortung im Dritten Reich geäußert – und

wurde von den Heidelberger Bürgern 1952 gewählt! Wie in ganz Deutschland überwog auch hier bei NS-Opfern, Tätern und Mitläufern das „kommunikative Schweigen“ (Heinrich Lübke).

### **Die Amtszeit von 1952–1958**

Die Herausforderungen des Wiederaufbaus standen im Vordergrund. Davon gab es für den neu gewählten OB genug. Heidelbergs Einwohnerzahl hatte sich seit 1945 von 92 000 um 26 000 auf 118 000 erhöht, ohne dass der nötige Wohnraum zur Verfügung stand. Zusätzlich fehlten die von der US-Armee beschlagnahmten Wohnungen. Neben der akuten Wohnungsnot herrschte eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit. Die Lebensbedingungen der Menschen hatten sich zwar gegenüber den unmittelbaren Nachkriegsjahren gebessert, blieben aber für weite Teile der Bevölkerung sehr bescheiden. Für große kommunale Infrastrukturmaßnahmen reichten die Einnahmen kaum aus.

Angesichts der gewaltigen Schwierigkeiten fällt die Bilanz der sechsjährigen Amtszeit von OB Neinhaus durchaus positiv aus. Ein Flächennutzungsplan erschloss neue Wohn- und Gewerbegebiete. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen stieg von 1952 bis 1957 beinahe auf das Doppelte; die Stadtteile Handschuhsheim, Neuenheim, Wieblingen, Pfaffengrund und Kirchheim wurden um neue Wohngebiete erweitert. Bei den Bauprojekten der Stadt profitierte Neinhaus zunächst von den Planungen und Vorarbeiten, die schon vor seiner Amtszeit auf den Weg gebracht worden waren: Schlachthof, Feuerwache, Bunsen-Gymnasium, Erweiterung der Volksschule in Rohrbach, Ernst-Walz-Brücke. In seiner Amtszeit wurden weitere Schulneubauten (Handelsschule, Gewerbeschule II, Hotelfachschule, Volksschulen in Handschuhsheim-West und Kirchheim-Nord) in Angriff genommen, außerdem wichtige städtebauliche Projekte wie die Bebauung des ehemaligen Bahnhofgeländes, die Neugestaltung des Bismarckplatzes und die Fortführung der Frankfurter (heute: Berliner) Straße nach Handschuhsheim. Ein Höhepunkt in Neinhaus' Amtszeit war die Einweihung des neuen Hauptbahnhofs am 5. Mai 1955, der eine jahrzehntelange Planung vorausging. Damit stellte sich die Aufgabe, das ehemalige Bahngelände (heute: Kurfürstenanlage) städtebaulich zu erschließen und zu gestalten. Die beginnende Verlegung der naturwissenschaftlichen Universitätseinrichtungen (Chemisches und Botanisches Institut) in das Neuenheimer Feld stellte die Stadtverwaltung vor zusätzliche Aufgaben. Neue Industriebetriebe siedelten sich zwar an; einer aktiven städtischen Industriepolitik stand Neinhaus freilich skeptisch gegenüber und favorisierte ein traditionelles Heidelberg-Bild: Universität, Kultur, Wohnstadt und Fremdenverkehr. Immerhin stieg die Zahl der Übernachtungen von 1952 bis 1957 beinahe auf das Doppelte.<sup>11</sup> Sternstunden für Neinhaus, der sich in kulturellen Fragen von Richard Benz (1884–1966), Fritz Henn und Rudolf K. Goldschmit-Jentner (1890–1964) beraten ließ, waren seine Reden zu solchen Anlässen. Seine Ausführungen zu Kultur und Literatur Heidelbergs begeisterten die Zuhörer, sodass ihn Dieter Haas als „Interpret des Heidelberger Geistes“<sup>12</sup> feierte.

Gleichwohl machte sich gegen Ende seiner Amtszeit in der Stadt eine Wechselstimmung bemerkbar. Durch sein Engagement im Stuttgarter Landtag, im Deut-

schen Städtetag und regionalen Kommunalverbänden war der OB in Heidelberg zu wenig präsent. Dies förderte ein Eigenleben der städtischen Verwaltung; den Bürgern fehlte der Ansprechpartner, als der er sich gerne darstellte. Am 20. März 1958 wurde Neinhaus 70 Jahre alt. Vielleicht altersbedingt nahmen Überheblichkeit und Selbstgefälligkeit zu. Der Lokalredakteur der RNZ Karl Stauder (1906–1973) im Rückblick:

„Wir sehen noch immer das gewinnende Lächeln, erinnern uns aber auch an das Aufblitzen eines rasch unterdrückten Triumphes, wenn man nach einer Redeschlacht meinte, der Gegner müsse auf einer Bahre aus dem Saal getragen werden.“<sup>13</sup>



Neinhaus 1956 im Rathaus (Foto: Stadtarchiv Heidelberg, BILDA 4240)

Trotz aller Versprechungen hielt die Wohnungsnot in der Stadt an. Die Investitionen in die Infrastruktur ließen die Verschuldung der Stadt erheblich ansteigen: von 6 Mill. DM (1952) auf 39 Mill. DM (1958), die Schulden der Stadtwerke mit 24 Mill. DM nicht eingerechnet.<sup>14</sup> Im Jahre 1956 gingen Heidelberg viele Arbeitsplätze und Gewerbesteuererinnahmen verloren. Denn als die Fa. Heidelberger Druckmaschinen eine neue hohe Produktionshalle am bisherigen städtebaulich sensiblen Standort des ehemaligen Bahngeländes errichten wollte, fand die Stadtverwaltung kein Ausweichgelände, das die Firma akzeptierte. Die Produktion wurde nach Wiesloch verlegt, was einen Verlust von mindestens 1 000 Arbeitsplätzen bedeutete.<sup>15</sup> Zwar waren bei dieser Entscheidung mehrere Akteure beteiligt, aber in den Augen vieler Heidelberger hatte Neinhaus hier persönlich versagt.

### **Die OB-Wahl vom Juni 1958 – Erster Wahlgang**

In seiner Sitzung vom 13. März 1958 setzte der Gemeinderat die Wahl auf den 8. Juni fest; ein eventueller zweiter Wahlgang sollte am 22. Juni stattfinden. Nach dem neuen Kommunalgesetz des Landes Baden-Württemberg von 1955 musste ein Kandidat im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen und ein Drittel der Stimmen aller Wahlberechtigten erreichen. Im zweiten Wahlgang genügte die einfache Mehrheit. Die Wähler waren nicht an die auf dem Stimmzettel aufgeführten Wahlvorschläge gebunden, sondern konnten in einer Leerzeile einen Kandidaten eigener Wahl eintragen. Die Amtszeit betrug acht Jahre, bei unmittelbarer Wiederwahl – wie im Fall Neinhaus – zwölf Jahre.<sup>16</sup> Das doppelte Quorum er-

schwerte eine Entscheidung im 1. Wahlgang (die 30 %-Regelung wurde deshalb später abgeschafft); denn es erforderte eine hohe Wahlbeteiligung (über 60 %) und eine breite Mehrheit für einen Kandidaten.

Diese Bestimmung wirkte sich auf die Taktik der großen politischen Parteien und die Auswahl ihrer Kandidaten aus. Die viel diskutierte Frage aber, ob der Amtsinhaber wieder kandidieren werde, war völlig offen: Neinhaus hatte sich bis in den März 1958 dazu öffentlich nicht geäußert. Erst am Tag der Gemeinderatssitzung gab er – in dieser Reihenfolge – vormittags vor der Presse und nachmittags erst auf eine Nachfrage im Gemeinderat eine Stellungnahme ab. Zu einer Kandidatur für die CDU werde er sich erst äußern, wenn sich die Partei für ihn entschieden hätte. Auf die Frage, ob er einem Wunsch aller Parteien nachkommen werde, antwortete er:

„Er werde [...] eine nochmalige Kandidatur nur dann annehmen, wenn es keine Parteikandidatur sei, d.h. wenn der Wunsch zu seiner Kandidatur von einem ‚möglichst breiten Fundament‘ getragen sei. Da er [...] auch über die Stadt hinaus durch seine Tätigkeit im Landtag sowie im Präsidium des Deutschen Städtetages in Erscheinung trete, könne ‚die Kandidatur eines 70jährigen als falscher Ehrgeiz verstanden werden‘, wenn sie nicht auf breiter Basis an ihn herangetragen werde. ‚Im übrigen [...] müssen Sie verstehen, wenn ich mich bei meinem Alter nicht gerne in einen Wahlkampf einlasse‘.“<sup>17</sup>

Kurz gesagt, Neinhaus wollte von allen Parteien gebeten werden und sich die Strapazen eines Wahlkampfes ersparen.

„Heidelbergs letzter Kurfürst“, wie er teils achtungsvoll, teils spöttisch genannt wurde, hatte gesprochen und verabschiedete sich in sein Schweizer Urlaubsdomizil, wo er seinen 70. Geburtstag und die Osterfeiertage Anfang April verbringen wollte. Jetzt waren die Heidelberger Parteien am Zug. Schon fünf Tage später am 18. März durchkreuzte die Delegiertenversammlung der SPD den Plan einer Allparteien-Kandidatur durch die frühzeitige und entschlossene Benennung eines eigenen Bewerbers. Hatte die Partei 1952 mit Josef Amann (1879–1971) einen Mann aus der Arbeiterbewegung nominiert, präsentierte sie jetzt Robert Weber (1906–1987), Landgerichtspräsident in Mannheim, wohnhaft in Neuenheim, seit 1956 im Gemeinderat:

„Wir haben [...] einen Kandidaten gewonnen, der nach seiner Persönlichkeit, seinem Alter, seinen Kenntnissen und Fähigkeiten nicht nur der Kandidat einer Partei, sondern der Repräsentant weitester Kreise der Bürgerschaft ist und bei dem eine gerechte, sachliche und fortschrittliche Leitung der Stadt gewährleistet ist.“<sup>18</sup>

Versuche der Gegenseite, die SPD doch noch für eine überparteiliche Kandidatur von Neinhaus zu gewinnen und ihren eigenen Kandidaten zurückzuziehen, lehnte die SPD ab; sie verlangte für die Wähler eine echte Auswahl zwischen mehreren Kandidaten und hielt an Robert Weber fest.

CDU und FDP taten sich mit ihrer Entscheidung weitaus schwerer, was auf Auseinandersetzungen innerhalb der Parteien zwischen Neinhaus-Anhängern und Neinhaus-Kritikern schließen lässt. Die CDU verschob ihre Delegiertenversammlung mehrfach und nominierte erst am 26. März Neinhaus zu ihrem Kandidaten. Die FDP war zwar zu interfraktionellen Gesprächen bereit, um eine OB-Kandidatur auf breiter Basis zu ermöglichen; sie wollte jedoch den Anschein vermeiden, bloßes Anhängsel der CDU zu sein und behielt sich die Entscheidung vor, bis Neinhaus das Angebot der CDU definitiv angenommen habe. Nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub (11. April) wurde der OB im Gemeinderat mit einer Figur des Heiligen Antonius

aus dem 15. Jahrhundert nachträglich zum Geburtstag geehrt. Ansonsten herrschten Uneinigkeit und Unsicherheit; bis Ende April blieb Neinhaus eine Entscheidung schuldig. Die Ungeduld in der Bürgerschaft und in der Presse über das zähe Nominierungsverfahren wuchs. Dieter Haas vom „Heidelberger Tageblatt“ propagierte immer noch eine Allparteien-Kandidatur nach Karlsruher Vorbild (Günther Klotz) und sah die SPD als Ursache der Schwierigkeiten. In der RNZ machte Karl Stauder seinem Frust als Beobachter der Lokalpolitik Luft: „Geht der ‚Schwarze Peter‘ um? Wer will OB werden? – Vergebliche Jagd nach klaren Informationen.“<sup>19</sup>

Die Gespräche zwischen dem FDP-Ortsvorsitzenden Prof. Otto Gönnerwein (1896–1963) und Neinhaus scheiterten („Wer macht den ersten Zug?“). Als die FDP die Nominierung eines eigenen Kandidaten ankündigte, war auch die Idee einer parteiunabhängigen Wählerinitiative zu Gunsten von Neinhaus hinfällig. Erste Kandidatennamen schwirrten durch die Stadt. Am 4. Mai endlich gab der OB seine Entscheidung bekannt. In einem Pressegespräch begründete er den Verzicht auf eine Kandidatur damit, dass die gewünschte „breite Basis“ für ihn nicht zustande gekommen sei und er einem jüngeren Bewerber Platz machen wolle.<sup>20</sup> Durch das Zögern von Neinhaus hatten CDU und FDP gegenüber der SPD viel Zeit verloren. Unter Zeitdruck mussten sie einen Kandidaten finden und bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist (24. Mai) benennen. Am 9. Mai nominierte die CDU ihren Fraktionsvorsitzenden im Gemeinderat, Rechtsanwalt Dr. Richard Hofert (1899–1965, Stadtrat seit 1953), der Neinhaus 1949 im zweiten Entnazifizierungsverfahren erfolgreich vertreten hatte. Für die FDP ging schließlich Dr. Werner Munzinger (1909–1989, Amtsgerichtsdirektor und Stadtrat seit 1953) ins Rennen. Außerdem kandidierte der parteilose, relativ junge Rechtsanwalt Werner Poppen (1918–1996).



Der Wahlkampf in der Karikatur (Quelle: Heidelberger Tageblatt v. 31. März/1. Juni 1958, S. 3)

Der kurze Wahlkampf wurde nicht sehr kontrovers geführt. Alle Kandidaten vermieden eine Kritik an Neinhaus und hielten sich angesichts der begrenzten städtischen Finanzen mit Versprechungen zurück. Nur Weber wollte neue Finanzquellen erschließen, um die Entwicklung der Stadt zu fördern, z.B. durch den Bau einer Kongresshalle. Dies wies sein Konkurrent Hofert als „fröhlichen Optimismus“ zurück.<sup>21</sup> Die Arbeit im Rathaus sollte bürgernah, sachorientiert und nicht parteipolitisch sein (Weber: „Das Amt des Oberbürgermeisters ist ein Amt der Gemeinde, kein Parteiamt.“). Poppen suchte mit seiner Überparteilichkeit zu überzeugen („100 000 Heidelberger sind parteilos.“). Die Förderung von Industrie und Wirtschaft wurde besonders von Hofert und Munzinger angemaht.

Wie entwickelte sich die Kandidatenfrage weiter? Von den zeitweise elf Kandidaten blieben auf dem Stimmzettel neun übrig, von denen fünf ohne Chancen waren. Von einigen Bürgern wurde dem früheren Beigeordneten Josef Harnisch (1914–1982), der 1952 als OB-Kandidat der FDP/DVP 20 % erreicht hatte und 1954/55 im Konflikt mit Neinhaus als Finanz- und Wirtschaftsdezernent nach Münster gewechselt war, die Kandidatur angetragen; er lehnte jedoch ab.<sup>22</sup> Kurios und einzigartig war die Debatte um den „Geisterkandidaten“. Seit dem Verzicht von Neinhaus wurde immer wieder auf die Möglichkeit hingewiesen, in die Leerzeile des Stimmzettels einen Kandidaten eigener Wahl einzusetzen. Ende Mai erschien ein Leserbrief, der dazu aufrief, dort Neinhaus' Namen einzutragen. Einer der Verfasser, BHE-Stadtrat Dr. Ernst von Bulmerincq, organisierte eine Pro-Neinhaus-Versammlung. Diese forderte die Wähler dazu auf, Neinhaus auf den Stimmzettel zu setzen, und bat ihn um eine Kandidatur im zweiten Wahlgang. Am Vorabend der Wahl setzte sich Oberbau- und CDU-Stadtrat Hermann Hampe (1904–1970) öffentlich dafür ein, den OB seine erfolgreiche Arbeit weiterführen zu lassen – und fiel damit der eigenen Partei und dem CDU-Kandidaten in den Rücken!<sup>23</sup> Die CDU-Führung war hoffnungslos in die Defensive geraten. Noch am Vortag der Wahl rechtfertigte der CDU-Vorstand die Aufstellung von Hofert; an seiner Nominierung habe Neinhaus selbst teilgenommen. In einem Aufruf warnte die CDU am gleichen Tag vor einer „Zersplitterung der Heidelberger Stimmen“ – gemeint waren die bürgerlichen Stimmen –, die „die Demokratie selbst in Gefahr“ bringe. Durch den Eintrag eines zusätzlichen Kandidaten werde eine Entscheidung im zweiten Wahlgang zugunsten des eigenen Lagers erschwert. Besonders hob die CDU auf die Wirtschaftskompetenz von Hofert ab und mahnte: „Die Stimmen nicht spalten, sich an den Wahlvorschlag der CDU halten! Wahlrecht ist Wahlpflicht!“<sup>24</sup> Auch die Gegenseite kritisierte die Stimmungsmache für Neinhaus. Die Persönlichkeitswahl eines OB werde dadurch beschädigt, dass für jemanden geworben werde, der seine Ziele der Bürgerschaft nicht vorgestellt habe und offiziell gar nicht kandidiere.<sup>25</sup>

Dieser Geisterdebatte sah der Amtsinhaber anscheinend ungerührt zu; es bleibt ungeklärt, inwieweit er die Kampagne zu seinen Gunsten steuerte oder beeinflusste. Befangen fühlte er sich jedenfalls nicht und leitete in gewohnter Selbstsicherheit die offizielle Kandidatenvorstellung am 2. Juni vor 2000 Zuhörern in der Stadthalle, bei der die sechs in Heidelberg wohnenden Kandidaten vertreten waren.



Vorstellung der Kandidaten in der Stadthalle am 2. Juni 1958. Neinhaus im Vordergrund; auf dem Podium von rechts: Weber, Hofert, Munzinger, Poppen, Lenhard, Schlegel. (Quelle: Rhein-Neckar-Zeitung vom 4./5. Juni 1958, S. 3)

In seiner Einleitungsrede wies er ausdrücklich auf die Möglichkeit hin, einen anderen Namen auf dem Stimmzettel einzutragen – wie wenn er als „Geisterkandidat“ nicht selbst betroffen und damit befangen wäre. Einen Eindruck von seinem Umgangsstil vermittelt die folgende Szene:

„Ist Herr Dr. Hofert bereit, auch im zweiten Wahlgang zu kandidieren?“ lautete eine Frage [...]. Dr. Hofert antwortete mit einem lauten ‚Ja‘, während Dr. Neinhaus an das Mikrofon trat und sinngemäß sagte, er glaube, diese Frage sei an die falsche Stelle gerichtet, sie müßte einem anderen Gremium gestellt werden. ‚Ich möchte diese Frage doch beantworten‘ wiederholte Dr. Hofert: ‚Ja, ich kandidiere auch im zweiten Wahlgang.‘ Dr. Neinhaus: ‚Herr Dr. Hofert, ich wollte es Ihnen nur erleichtern.‘<sup>26</sup>

„Die Quittung“ betitelte Karl Stauder seinen Kommentar in der RNZ zum Ergebnis des ersten Wahlgangs vom 8. Juni 1958; es sei „ein Umsturz der bisher in Heidelberg üblichen Prozentsätze“<sup>27</sup>: Robert Weber 43,5 %, Richard Hofert 26,1 %, Werner Munzinger 14,1 %, Werner Poppen 5,9 %, Carl Neinhaus 8,2 %. Ein großer Erfolg für die konsequente Haltung der SPD, eine gewaltige Niederlage für die CDU und Hofert, der für das unwürdige Gezerre im bürgerlichen Lager büßen musste. Ein zweiter Wahlgang war nötig.

## Die OB-Wahl vom Juni 1958: Zweiter Wahlgang

Zum dritten Mal bei dieser OB-Wahl standen die bürgerlichen Kräfte vor der Aufgabe, sich neu zu positionieren. Am Tag nach der Wahl hatte Hofert noch erklärt, er trete „auf alle Fälle“ an. Aber am 11. Juni beschloss die Delegiertenkonferenz der CDU nach einer langen Sitzung mit 44 gegen 16 Stimmen, Neinhaus die Kandidatur anzutragen. Vorher war bereits durchgesickert, dass Munzinger und Poppen zu dessen Gunsten verzichten würden. In der Gemeinderatssitzung vom 12. Juni verkündete Neinhaus offiziell seine Kandidatur.<sup>28</sup> Er hatte einen kräftezehrenden Wahlkampf vermieden, wurde jetzt als vermeintlicher „Retter“ geholt und hatte gute Chancen auf eine Wiederwahl. Ob dieser Entwicklung eine bewusste Taktik zugrunde lag oder eine Abfolge von Zufällen, muss offen bleiben. Leidtragender mit schweren gesundheitlichen Folgen war jedenfalls Richard Hofert. In einer schwierigen Situation hatte er sich seiner Partei zur Verfügung gestellt, um dann schmachvoll fallen gelassen zu werden.

„Nur schweren Herzens“ habe er auf seine Bewerbung verzichtet. Er habe sich nie als „Zählkandidat“ betrachtet. „Dass das Ergebnis der Wahl bei 3 bürgerlichen Heidelberger Kandidaten und einem so stark propagierten ‚Geisterkandidaten‘ (dieser Ausdruck stammt nicht von mir) und bei künstlich geförderter Wahlenthaltung sowie vielen anderen bekannten Widrigkeiten unbefriedigend ausfallen mußte, liegt auf der Hand. Ich lasse mir aber jetzt von niemandem den schwarzen Peter zuschieben, ich vereitelte die Sammlung der Heidelberger Wähler. Den schwarzen Peter gebe ich dorthin zurück, woher er kam, an diejenigen, die sich nicht zu einem klaren Ja entscheiden konnten, als es an der Zeit war.“<sup>29</sup>

Soweit seine bittere öffentliche Stellungnahme.

Der zweite Wahlgang am 22. Juni war damit faktisch zu einer Stichwahl zwischen Neinhaus (unterstützt von CDU, FDP, BHE und Poppen) und Weber (SPD) geworden, da die restlichen drei Kandidaten keine nennenswerte Rolle spielten. In der letzten Woche nahm der Wahlkampf an Schärfe zu. Für beide Kandidaten bildeten sich „überparteiliche“ Wählerinitiativen, die auf weitere Bevölkerungskreise einzuwirken versuchten. Den Aufruf zu Gunsten von Neinhaus unterschrieben freilich nur fünf von 15 CDU-Stadträten und zwei von sieben FDP-Stadträten; Hofert und Munzinger waren nicht darunter. Die Gräben in diesen Fraktionen waren also tief. Der BHE war auf der Liste zwar durch seine beiden Stadträte und seinen Ortsvorsitzenden vertreten;<sup>30</sup> in einem eigenen „Aufruf an die Heimatvertrieben“ kritisierten aber fünf Vertreter der Landsmannschaften die bisherige Politik von Neinhaus scharf und forderten zur Wahl von Robert Weber auf.<sup>31</sup>

Der Wahlkampf wurde mit Wahlplakaten auf der Straße und Zeitungsanzeigen ausgetragen: Vertreter des Sports dokumentierten ihr Vertrauen zu Neinhaus, eine Wählerinitiative warb für Robert Weber. Parteien und Kandidaten wandten sich im letzten Augenblick an die Wähler. Beide Seiten versuchten mit der Sachorientierung und Überparteilichkeit ihrer Kandidaten zu überzeugen. Mit Weber sei eine „Politisierung des Rathauses“ zu erwarten – so die Neinhaus-Anhänger. Diese Polemik war wenig überzeugend. Schließlich war der OB auch Landtagsabgeordneter der CDU und hatte in Wahlversammlungen Bundespolitiker wie Minister Ernst Lemmer auftreten lassen. Während Robert Weber genug Zeit gehabt hatte, sich den Bürgern in den Stadtteilen vorzustellen, verbrachte Neinhaus die letzten Abende vor der Wahl

auf Wahlversammlungen und am 19. Juni in der Stadthalle, wohin die ihn unterstützenden Parteien bzw. Gruppen eingeladen hatten. Es sprachen Karl Hampe (CDU), Hanna Walz (FDP), Rudolf Winter (BHE) und Werner Poppen.<sup>32</sup> Ein direktes Aufeinandertreffen der beiden Kandidaten erfolgte nicht.

Im Unterschied zu manchen Wahlaufufen halten sich die beiden Kandidaten mit direkten herabsetzenden Äußerungen übereinander zurück. Ihre indirekte Kritik am Konkurrenten kleiden sie in Absichtserklärungen für ihre eigene Amtsführung. Der Amtsinhaber verweist auf seine lange kommunalpolitische Erfahrung und seine bisherigen Erfolge im Wohnungs-, Schulhaus- und Straßenbau. Das Landtagsmandat wolle er beibehalten, da er auf diese Weise manche Vorteile für Heidelberg herausholen könne. Parteipolitik im Rathaus dulde er nicht; gleichzeitig grenzt er sich zur „sozialistischen“ SPD ab, die in Heidelberg in der Minderheit sei und deshalb kein Anrecht auf das OB-Amt habe. Von anderen Kandidaten genannte Projekte lehnt er als „Seifenblasen“ ab und gibt der weiteren Gestaltung des ehemaligen Bahngeländes den Vorrang. Schließlich lässt er durchblicken, dass er nur eine begrenzte Zahl von Jahren amtierend wolle. Wenn man die Mitarbeiter in der Stadtverwaltung nach ihren Fähigkeiten einsetze, brauche man sich – so Neinhaus in einem Seitenhieb auf seinen Konkurrenten – „um dieses Arbeitsklima nicht mit lächelnder Liebeshwürdigkeit besonders bemühen“.<sup>33</sup> Das Miteinander aller Bürger, Stadtteile und Interessengruppen zum Wohle der Stadt sei gefragt.

Robert Weber strebt einen politischen Stilwandel im Rathaus an:



Amtseinführung von Robert Weber am 19. September 1958 durch den 1. Bürgermeister Hermann Hagen (Foto: Rhein-Neckar-Zeitung, Archiv Ballarin. Stadtarchiv Heidelberg, BILDA 3789)

„Entscheidend sei das richtige Funkzionieren der Verwaltung und hier wiederum sei der Geist entscheidend, der in den Ämtern herrsche. Ein Behördenchef müsse mit Verständnis auf seine Mitarbeiter eingehen. Es sei falsch, mit kühler Härte und einem ständigen Betonen der Vorgesetzeneigenschaft seinen Willen durchzusetzen. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Beamten und Angestellten der Stadt wirke sich auch günstig auf das Verhältnis zum Publikum aus. Es gelte, die Autorität auf Vertrauen und persönliches Ansehen aufzubauen und nicht auf die Furcht vor dem Chef. [...] ‚Eine graue Eminenz‘, sagte er wörtlich, ‚darf es im Schatten eines Oberbürgermeisters nicht geben.‘“

Da das Amt die volle Arbeitskraft erfordere, strebe er kein Landtagsmandat an; die Stadt sei mit fünf Abgeordneten in Stuttgart gut vertreten. Im Übrigen garantiere er eine kontinuierliche Arbeit, da er die ganze Amtszeit ausschöpfen werde.<sup>34</sup>

Am Abend des Wahltages, dem 22. Juni 1958, sickerte das überra-

schende Ergebnis des zweiten Wahlgangs durch, am kommenden Tag war es Gewissheit: Bei einer um 6 % gestiegenen Wahlbeteiligung entfielen auf Robert Weber 54,7 %, d.h. eine überzeugende absolute Mehrheit; der Amtsinhaber erzielte enttäuschende 44 %, d.h. mehr als 10 % weniger als sein Konkurrent. In einer ausgeprägten Persönlichkeitswahl war Neinhaus nach insgesamt 23 Jahren Amtszeit abgewählt worden.<sup>35</sup>

Im Folgenden sollen die beiden Wahlgänge – soweit es das statistische Material zulässt – analysiert werden.<sup>36</sup>

### **Wahlanalyse im Vergleich**

Im ersten Wahlgang errang Weber mit 18 603 Stimmen, d.h. 43,5 % der Stimmen einen bemerkenswerten Erfolg. Das SPD-Wählerpotential konnte er damit beinahe vollständig ausschöpfen; denn bei der Bundestagswahl vom 15. September 1957 hatte die SPD 19 738 Stimmen (28,5 %) erhalten – bei einer weitaus höheren Wahlbeteiligung (83,9 % gegenüber jetzt 52,3 %). Im Vergleich zu den Landtags- und Gemeinderatswahlen des Jahres 1956 (SPD: 29,7 % bzw. 35,6 %) verzeichnete Weber einen deutlichen Stimmengewinn. SPD-Hochburgen waren die Stadtteile mit relativ starker Arbeiterbevölkerung und überdurchschnittlichem Zuwachs der Einwohnerzahl. In ihnen erreichte Weber die absolute Mehrheit: Kirchheim (63,9 %), Pfaffengrund (54,4 %) und Wieblingen (50,9 %). Unterdurchschnittlich schnitt er in den eher „bürgerlichen“ Stadtteilen ab: in Neuenheim (seinem Wohnviertel mit 31,8 %), in der Weststadt (35,6 %) und in Handschuhsheim (40,0 %).

Völlig enttäuschend war das Abschneiden des CDU-Kandidaten Richard Hofert. Mit 11 153 Stimmen (26,1 %) blieb er weit hinter dem gewohnten Potential der CDU zurück. Bei den Gemeinderatswahlen 1953 und 1956 hatte die CDU jeweils über 36 % erreicht, ganz zu schweigen von den Wahlen zum Landtag (42,0 %) und zum Bundestag (50,5 %). Noch gravierender musste der Misserfolg von Hofert im Vergleich zur OB-Wahl vom Juli 1952 erscheinen. Damals hatte Neinhaus mit 26 189 Stimmen (50,9 %) die absolute Mehrheit erreicht. Da es damals die zusätzliche 30 %-Regelung noch nicht gab, war er schon im ersten Wahlgang gewählt. Die Ursache für das schlechte Abschneiden der CDU 1958 lag in der Uneinigkeit der Partei und der Kampagne für den „Geisterkandidaten“ Neinhaus. Immerhin mehr als 3500 Heidelberger machten sich die Mühe, die gedruckten Kandidatenvorschläge zu streichen und seinen Namen in die Leerzeile auf Platz 10 zu setzen.

Für die FDP/DVP erzielte Werner Munzinger mit über 6000 Stimmen (14,1 %) ein achtbares Ergebnis. Gegenüber den Wahlen für Gemeinderat und Landtag blieb es um 2–3 % zurück: bei den Bundestagswahlen hatte die FDP einen ähnlichen Prozentsatz verbucht. Dafür dass sich Werner Poppen als unabhängiger Kandidat und Nicht-Stadtrat zur Wahl stellte, war sein Ergebnis von knapp 6 % beachtlich und wies schon auf die Chancen hin, die die von ihm gegründeten „Freien Wähler“ ab 1959 hatten. Addiert man die Stimmen der „bürgerlichen“ Kandidaten Hofert, Munzinger, Poppen und Neinhaus, so ergibt sich eine Summe von 23 236 Stimmen, d.h. 54,3 %. Bei der niedrigen Wahlbeteiligung hätte ein Sammelkandidat des bürgerlichen Lagers – wohl auch Neinhaus – das zweite Quorum nicht erreicht.

	<b>1. Wahlgang 8.6.1958</b>		<b>2. Wahlgang 22.6.1958</b>		<b>Veränderung</b>	
Wahlberechtigte	82 722		82 739		+17	
Wahlbeteiligung	52,3 %		58,3 %		+6,0 %	
Gültige Stimmen	42 806		47 992		+5186	
<b>davon für</b>						
1. Robert Weber	18 603	43,5 %	26 266	54,7 %	+7663	+11,2 %
2. Richard Hofert	11 153	26,1 %				
3. Werner Munzinger	6 041	14,1 %				
4. Werner Poppen	2 530	5,9 %				
5. Carl Neinhaus	3 512	8,2 %	21 107	44,0 %	-2129	-10,3 %
2.-5. zusammen	23 236	54,3 %				
Sonstige	967	2,3 %	619	1,3 %	-348	-1,0 %

Die OB-Wahlen vom Juni 1958 in Zahlen (Datenbasis siehe Anmerkung 36)

Im zweiten Wahlgang, in dem die relative Stimmenmehrheit entschied, schien Neinhaus – der reinen Arithmetik nach – der Sieg sicher zu sein. Aber die Heidelberger stimmten überraschenderweise anders ab. Die Wahlbeteiligung erhöhte sich auf 58,3 %, d.h. 5186 Bürger gaben ihre Stimme zusätzlich ab. Dies kam aber nicht dem Amtsinhaber zugute; gegenüber der Gesamtzahl des „bürgerlichen Lagers“ büßte er 10,3 % oder 2129 Stimmen ein. Im Gegenzug entfielen auf Weber mit 54,7 % mehr als die absolute Mehrheit und ein Stimmenzuwachs von 7663 Stimmen (11,2 %) gegenüber dem ersten Wahlgang. Woher kamen die zusätzlichen Stimmen für den SPD-Kandidaten? Rein zahlenmäßig hatte er alle Neuwähler für sich gewonnen und über 2000 Wähler aus dem „bürgerlichen Lager“ zu sich herüber gezogen. Den größten Stimmenzuwachs erzielte er in den einwohnerstarken Stadtteilen, in denen er im ersten Wahlgang noch weit von der absoluten Mehrheit entfernt gewesen war: Altstadt (+1295 Stimmen), Weststadt (+1278), Handschuhsheim (+1022), Neuenheim (+966). Nur in Neuenheim (46 %), Weststadt (47,6 %) und Handschuhsheim (49,4 %) blieb er knapp unter der absoluten Mehrheit und hinter seinem Gegenkandidaten zurück. Prozentuale Spitzenwerte für Weber kamen aus Kirchheim (71,7 %), Pfaffengrund (67,3 %) und Wieblingen (61,1 %). Es ist zu vermuten, dass ihn „Neubürger“ überproportional häufig wählten.

Der Blick auf die Ergebnisse der Stadtteile bestätigt das desaströse Bild für Neinhaus. Denn in allen Stadtteilen entfielen auf ihn trotz höherer Wahlbeteiligung deutlich weniger Stimmen, als sie das „bürgerliche Lager“ im ersten Wahlgang gewonnen hatte. Nur in Handschuhsheim verbuchte er einen minimalen Zuwachs von 13 Stimmen; die absolute Mehrheit erreichte er nur in Neuenheim (52,7 %) und in der Weststadt (51,0 %). Das vorhandene Zahlenmaterial erlaubt leider keine sicheren Aussagen über Wählerwanderungen von Kandidat zu Kandidat. Es lässt sich aber erschließen, dass Wähler von Munzinger, Poppen, vielleicht sogar von Hofert in der Stichwahl zu Weber umschwenkten, weil sie Neinhaus nicht wieder wählen wollten.

Das Ergebnis des zweiten Wahlgangs – so der Kommentar von Dieter Haas im „Heidelberger Tageblatt“ – sei

„ein Veto der Wähler, die über die Wahlvorgeschichte verärgert waren und diesem Ärger durch ihre Entscheidung auch deutlich Luft verschafften. Das Ergebnis der Wahl muß den ‚bürgerlichen‘ Parteien zu denken geben. Sie müssen den Schluß daraus ziehen, daß nur eine klare Konzeption, die von vorneherein eindeutig festgelegt ist, größeres Vertrauen schaffen kann als Berechnungen und spekulatives Handeln. Dieses Verhalten der ‚bürgerlichen‘ Parteien war auch durch den mutigen Einsatz von Dr. Neinhaus in letzter Minute nicht mehr zu korrigieren.“<sup>37</sup>

So wies der junge Journalist den Parteien alle Schuld zu und sprach den von ihm bewunderten OB von allem Fehlverhalten frei.

## Epilog

Über die unerwartete Wahlniederlage war Neinhaus tief enttäuscht. Diese empfand er nach der Amtsenthebung vom April 1945 als die zweite große persönliche Kränkung in seinem sonst so erfolgreichen Leben, als einen unverdienten Abbruch seiner Amtstätigkeit in Heidelberg. In seiner Persönlichkeitsstruktur war er auch dieses Mal unfähig dazu, sein Handeln kritisch zu hinterfragen und die Ursachen für diese Rückschläge auch in seinem eigenen Verhalten zu suchen. Zwar hatte er rhetorisch brillante Reden über die Demokratie gehalten und sagte jetzt: „Ich bitte die Bevölkerung der Stadt, das Ergebnis der demokratischen Wahl in vollem Umfang zu respektieren, wie ich persönlich das selbstverständlich auch tue.“<sup>38</sup> Nicht nur die Reihenfolge ist bezeichnend. Verbal konnte er dies zusichern, aber tatsächlich war es ihm unbegreiflich, dass er auf demokratische Weise abgewählt worden war. Demokratie ja, den Zeitpunkt seines Abgangs aber wollte er selbst bestimmen.

Entsprechend schwierig gestaltete sich sein Abschied aus dem Gemeinderat am 18. Juli 1958. CDU-Stadtrat Hermann Hoepke (1889–1993), Anatomieprofessor und Neinhaus-Anhänger, konnte ihn nur mit größter Mühe dazu bewegen, aus seinem Amtszimmer zu seiner Verabschiedung in den Rathaussaal zu kommen, wo Hoepke ihm den Dank des Gemeinderates aussprach und seine unbestreitbaren Verdienste um die Entwicklung der Stadt und ihrer Kultur würdigte.<sup>39</sup> Nach seiner Entscheidung, im ersten Wahlgang nicht zu kandidieren, hatte Neinhaus in einem Gespräch mit Karl Stauder noch versichert, er werde selbstverständlich in Heidelberg wohnen bleiben und als Landtagsabgeordneter die Interessen der Stadt weiterhin vertreten. Es werde „nur ein Abschied vom Amt sein und keine Trennung von der Stadt“. Er freue sich schon darauf, Zeit für Spaziergänge auf dem Philosophenweg und zum Königstuhl zu haben.<sup>40</sup> Jetzt im Juli 1958 verließ er abrupt die Stadt, die er doch in vielen Reden als seine kulturelle Heimat gepriesen hatte, und zog sich verbittert nach Stuttgart zurück. Die Verbindungen zu „seiner“ geliebten Stadt kappte er fast völlig.

Als versöhnliche Geste verlieh ihm der Gemeinderat auf Betreiben von OB Robert Weber zu seinem 75. Geburtstag – die Urkunde war auf den 20. März 1963 datiert – die Ehrenbürgerwürde, eine bis heute umstrittene Entscheidung. Am 22. März trat der Gemeinderat zu einer festlichen Sitzung zusammen.

In seiner Laudatio hob Weber die Leistungen von Neinhaus als Kommunalpolitiker hervor; die kritischen Aspekte seiner Amtszeit im NS-System oder seine Rolle bei der Rettung der Stadt im März 1945 umging Weber oder glättete sie. In den ersten Worten konnte Neinhaus seine tiefe Enttäuschung über die Abwahl immer noch nicht verbergen:

„Durch diesen Ihren Beschluß haben Sie zwischen Heidelberg und mir, der ich vor fast fünf Jahren das Amt des Oberbürgermeisters niederlegen mußte, nunmehr ein neues Band geknüpft, das sich, wie zu hoffen und zu wünschen ist, als dauerhaft und unzerreißbar erweisen soll. Darüber freue ich mich ganz besonders.“<sup>41</sup>



Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Neinhaus durch OB Weber am 22. März 1963 (Quelle: Rhein-Neckar-Zeitung 23./24. März 1963, S. 3)

Anschließend widmete sich der Geehrte einem seiner Lieblingsthemen, dem Charakter der Stadt und der sie umgebenden Landschaft mit einem Ausblick auf die Möglichkeiten und Grenzen künftiger Entwicklung. Der gewünschte Kontakt zu Heidelberg kam wegen Neinhaus' Herzerkrankung nicht mehr zustande. Er starb am 14. November 1965. Prälat Hermann Maas leitete die Trauerfeier auf dem Bergfriedhof.<sup>42</sup>

Robert Weber, ein „Mann der besten Vorsätze“, der „Liebenswürdigkeit und Hilfsbereitschaft“<sup>43</sup> ausstrahlte, verzichtete 1966 auf eine zweite Amtszeit und prägte die Geschichte unserer Stadt nicht in dem gleichen Maße wie sein Vorgänger Neinhaus und sein Nachfolger Reinhold Zundel (1930–2008). Beide standen mehr als 20 Jahre an der Spitze der Stadt, beide waren – in höchst unterschiedlicher Weise – nicht unumstritten. Beide wurden fünf Jahre nach dem Ausscheiden aus dem Amt von ih-

ren ungeliebten SPD-Nachfolgern – im zweiten Falle 1995 von Oberbürgermeisterin Beate Weber – zu Ehrenbürgern gemacht.

## Anmerkungen

- 1 Dieter Haas: Heidelberg 1918–1995. Eine Chronik, in: Elmar Mittler (Hg.): Heidelberg. Geschichte und Gestalt, Heidelberg 1996, S. 496–517, Zit. S. 506. Vgl. Horst Ferdinand: Carl Neinhaus (1888–1965), Sankt Augustin 1998, S. 144.
- 2 Friederike Reutter: Heidelberg 1945–1949. Zur politischen Geschichte einer Stadt in der Nachkriegszeit (Buchreihe der Stadt Heidelberg. Bd. V), Heidelberg 1994; Haas: Heidelberg (wie Anm. 1); Theodor Scharnholz: Heidelberg und die Besatzungsmacht. Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen einer deutschen Kommune und ihrer amerikanischen Garnison (1948/49–1955) (Buchreihe der Stadt Heidelberg. Bd. X), Heidelberg u.a. 2002, S. 136ff., 186ff. Für die Einsicht in die Zeitungen danke ich den Mitarbeitern/innen des Stadtarchivs (StAH) und Herrn Wesch vom RNZ-Archiv.
- 3 Frank Moraw: Carl Neinhaus, in: NDB. Bd. 19, 1999, S. 48. Eine einseitige Darstellung liefert dagegen Horst Ferdinand: Carl Neinhaus, in: Bernd Ottnad, Fred L. Sepaintner (Hgg.): Baden-Württembergische Biographien. Bd. 3, Stuttgart 2002, S. 274–280; Ferdinand: Neinhaus (wie Anm. 1). Vgl. dazu die Rezension von Frank Moraw in: Heidelberg Jahrbuch zur Geschichte der Stadt (HJG) Jg. 8, 2003/4, S. 266–288 und RNZ v. 15.10.2002, S. 22. Eine biographische Studie über Carl Neinhaus bereitet der Verfasser vor in: Wolfgang Prose (Hg.): Täter Helfer Trittbrettfahrer. Bd. 7: NS-Belastete in Nordbaden, Gerstetten 2017.
- 4 Karl Jaspers: Schicksal und Wille. Autobiographische Schriften. Hg. von Hans Saner, München 1967, S. 166.
- 5 Reutter: Heidelberg (wie Anm. 2), S. 33f.; Frank Moraw: Taktischer Rückzug: Alt-Oberbürgermeister Neinhaus auf dem Kohlhof, in: Georg Stein (Hg.): Die Insel im Wald. 300 Jahre Heidelberger Kohlhof, Heidelberg 2006, S. 80–82.
- 6 Heidelberger Amtsanzeiger. Jg. 5, 1950, Nr. 48 v. 24.11.1950, S. 1; Statistisches Jahrbuch der Stadt Heidelberg 1957–1965. Hg. v. Statistischem Amt der Stadt Heidelberg, Heidelberg 1966, S. 123; Ferdinand: Neinhaus (wie Anm. 1), S. 99f.; Reinhard Riese: Erich Kaufmann-Bühler (1899–1967). Eine biographische Studie, in: HJG Jg. 16, 2012, S. 123–155, hier S. 147f.
- 7 Heidelberger Amtsanzeiger. Jg. 7, 1952, Nr. 27 v. 1.7.1952, S. 1 und Nr. 29 v. 18.7.1952, S. 1.
- 8 Statistisches Jahrbuch (wie Anm. 6), S. 123; Heidelberger Amtsanzeiger. Jg. 11, 1956, Nr. 10 v. 9.3.1956, S. 1. Vgl. Ferdinand: Neinhaus (wie Anm. 1), S. 99–137. Sieht man von der panegyrischen Darstellung ab, moniert Ferdinand zu Recht, dass die landespolitische Wirksamkeit von Neinhaus bisher zu wenig gewürdigt wurde. Siehe auch Frank Moraw: Repräsentant jeder beliebigen Obrigkeit?, in: RNZ v. 9./10.3.2002, S. 5.
- 9 SPD-Stadtrat Heinrich Kilger in: RNZ v. 15.11.1950, S. 5 und Antwort von Neinhaus in RNZ v. 18./19.11.1950, S. 5; Wahlversammlung von Josef Amann in RNZ v. 12./13.7.1952, S. 4; Edwin Kuntz: Im Schatten der OB-Wahl, in: RNZ v. 5./6.7.1952, S. 3.
- 10 Neun der insgesamt 16 entlassenen Amtsleiter wurden wieder eingestellt, davon drei auf Betreiben von Neinhaus, vgl. Reutter: Heidelberg (wie Anm. 2), S. 105–112.
- 11 Zusammengetragen aus: Verwaltungsbericht der Stadt Heidelberg 1952–1954, 1955–1957, 1958–1961.
- 12 Haas: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 505.
- 13 RNZ v. 15.11.1965, S. 5.
- 14 Verwaltungsbericht (wie Anm. 11) 1952–1954, S. 98 und 1955–1957, S. 102.
- 15 RNZ v. 2.3.1956, S. 5; Martin Krauß: Vom Glockenguss zum Offsetdruck. Geschichte der Heidelberger Druckmaschinen AG, Ubstadt-Weiher 2000, S. 121–125.
- 16 Heidelberger Amtsanzeiger. Jg. 13, 1958, Nr. 20 v. 16.5.1958, S. 1.
- 17 RNZ v. 14.3.1958, S. 3; vgl. HT v. 14.3.1958, S. 3. Die folgenden Ereignisse sind aus beiden Zeitungen vom März bis Juni 1958 rekonstruiert. Ein genauer Quellennachweis erfolgt nur in ausgewählten Fällen.
- 18 RNZ und HT v. 19.3.1958, S. 3; vgl. RNZ und HT v. 24.4.1958, S. 3.

- 19 RNZ v. 23.4.1958, S. 3; HT v. 11.4. und 17.4. 1958, S. 3.
- 20 RNZ und HT v. 5.5.1958, S. 3.
- 21 RNZ und HT v. 4./5.6.1958, S. 3.
- 22 RNZ v. 24.–26.5.1958, S. 3; HT v. 24.5.1958, S. 3; Scharnholz: Heidelberg (wie Anm. 2), S. 137f., 187–189. Nach Ansicht vieler Heidelberger hätte Neinhaus Harnisch als idealen Nachfolger aufbauen können (RNZ v. 14.7.1952, S. 3). Aber Harnisch hatte die Dreistigkeit gehabt, 1952 gegen Neinhaus zu kandidieren. Deshalb sah letzterer in ihm einen unliebsamen Konkurrenten, den es nicht zu fördern galt. 1964–1972 war Harnisch OB von Trier.
- 23 RNZ v. 31.5./1.6.1958, S. 4 und HT v. 31.5./1.6.1958, S. 3. RNZ und HT v. 6.6.1958, S. 3; RNZ v. 7./8.6.1958, S. 3 (Hampe).
- 24 RNZ v. 7./8.6.1958, S. 3 u. S. 9 (Zitat); HT v. 7./8.6.1958, S. 4 u. S. 7.
- 25 RNZ v. 7./8.6.1958, S. 16; HT v. 7./8.6.1958, S. 12.
- 26 HT v. 4./5.6.1958, S. 3; vgl. RNZ v. 4./5.6.1958, S. 3.
- 27 RNZ v. 9.6.1958, S. 3.
- 28 RNZ und HT v. 13.6.1958, S. 3.
- 29 RNZ v. 16./17.6.1958, S. 3; HT v. 16.6.1958, S. 4.
- 30 RNZ v. 20.6. u. 21./22.6.1958, jeweils S. 14; HT v. 20.6.1958, S. 9 und 21./22.6.1958, S. 11.
- 31 RNZ v. 21./22.6.1958. S. 9; HT v. 21./22.6.1958, S. 21.
- 32 RNZ v. 21./22.6.1958 und HT v. 21./22.6.1958, S. 4.
- 33 Zitat aus der Versammlung in der Stadthalle (RNZ wie Anm. 32); vgl. Pressegespräch mit Neinhaus (RNZ v. 20.6.1958, S. 3).
- 34 Pressegespräch mit Weber (HT v. 19.6.1958, S. 3 Zitate; RNZ v. 19.6.1958, S. 3).
- 35 Heidelberger Amtsanzeiger. Jg. 13, 1958, Nr. 26 v. 27.6.1958 und Nr. 27 v. 4.7.1958, S. 2.
- 36 Die Berechnungen basieren auf den Statistik-Unterlagen der Stadt. Für die OB-Wahl 1958: Heidelberger Statistik. Statistischer Vierteljahresbericht der Stadt Heidelberg. Hg. v. Statistischen Amt. Jg. 1958, H. 1/2, S. 12–18 (StAH). Die OB-Wahl von 1952 in: Heidelberger Amtsanzeiger. Jg. 7, 1952, Nr. 29 v. 18.7.1952, S. 1. Die anderen Wahlen sind dokumentiert in: Statistisches Jahrbuch (wie Anm. 6), S. 121–124.
- 37 HT v. 23.6.1958, S. 1.
- 38 RNZ v. 23.6.1958, S. 3.
- 39 Hermann Hoepke: Gedenkrede bei der Trauerfeier für den Oberbürgermeister i. R. Dr. Carl Neinhaus [...] am 9. Dezember 1965 im Großen Saal des Rathauses zu Heidelberg (Anlage zur Ruperto Carola. Jg. 17, Bd. 38, Dezember 1965), Heidelberg 1965, S. 5. Vgl. RNZ v. 19./20.7.1958, S. 3.
- 40 RNZ v. 5.5.1958, S. 3.
- 41 Heidelberger Amtsanzeiger. Jg. 18, 1963, Nr. 13 v. 29.3.1963, S. 3–6, Zit. S. 4; abgedr. auch in: Ferdinand: Neinhaus (wie Anm. 3), S. 144–160. Vgl. RNZ v. 23./24.3.1963, S. 3.
- 42 Ferdinand: Neinhaus (wie Anm. 3), S. 160–182.
- 43 Haas: Heidelberg (wie Anm. 1), S. 506f.



**SCHLOSTICKET**

Bergbahnfahrt zur  
Molkenkur und zurück  
plus Eintritt ins  
Schloss

## Zwei Erlebnisse – ein Preis.

Fahren Sie mit der Heidelberger Bergbahn vom Kornmarkt bis zur Molkenkur und zurück, und verbinden Sie Ihren Ausflug mit einer Besichtigung des Heidelberger Schlosses, des Fasskellers und des Deutschen Apotheken-Museums.

Mit dem Schlossticket der Heidelberger Bergbahnen erleben Sie diese Attraktionen für 7 Euro.

Mehr unter: [www.bergbahn-heidelberg.de](http://www.bergbahn-heidelberg.de)



Heidelberger  
Bergbahnen

